

Kommunen in der Europäischen Union

Ulrich von Alemann

Seit dem Vertrag von Lissabon sind die Kommunen endlich als Basis im europäischen Mehrebenensystem anerkannt.¹ Die Verwurzelung der europäischen Politik im kommunalen Bereich ist nicht nur demokratietheoretisch geboten, sondern sie ist auch essentiell für die Zukunft Europas. Gerade angesichts der heute allfälligen Kritik, Politik und insbesondere auch die der Europäischen Union sei ein Elitenprojekt, ist es unverzichtbar, dass Europa in der Politik der Städte und Gemeinden fest und deutlich sichtbar verankert wird. Im Übrigen sind die Kommunen auf finanzielle Unterstützung durch die Europäische Union über die europäische Regional- und Strukturpolitik mehr denn je angewiesen. Manche Probleme, die die Kommunen mit Europa haben, sind im vergangenen Jahr nicht wirklich vorangekommen, so insbesondere beim Dauerbrenner: der kommunalen Daseinsvorsorge. Bei den aktuellen Entwicklungen von 2015 bis 2016 möchte ich mich auf drei Politiken und ein Querschnittsthema konzentrieren.

(1) Die Gleichstellungspolitik der Europäischen Union und in den Kommunen, die schon 2010 mit der EU-Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern verabschiedet wurde, ist ein deutliches Stück vorangekommen. Sie fordert die Lokal- und Regionalregierungen Europas auf, die in der Charta niedergelegten Verpflichtungen innerhalb ihres Gebietes umzusetzen. Bis 2016 haben 43 Kommunen die Charta unterzeichnet; dies wurde vom Council of European Municipalities and Regions veröffentlicht.²

(2) Die Sozialpolitik gehört zu den nicht vergemeinschafteten Politiken der Europäischen Union. Zuwanderern aus EU-Staaten stehen bereits jetzt unter bestimmten Bedingungen Sozialleistungen zu; das gilt für arbeitssuchende EU-Ausländer, die in Deutschland Hartz IV-Leistungen erhalten. Arbeitsministerin Andrea Nahles hat einen Vorschlag auf den Tisch gelegt, der EU-Bürgerinnen und -Bürger nur dann einen Anspruch auf Sozialleistung gewährt, wenn sie fünf Jahre in Deutschland gearbeitet haben. Der Deutsche Städtetag begrüßt die neue Regelung, da sie nötig sei, um „Fehlansätze für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus anderen europäischen Mitgliedsstaaten zu vermeiden“.³ Dies ist auch vor dem Hintergrund des Brexit-Votums im Vereinigten Königreich bemerkenswert, da in der Austrittskampagne gerade Sozialleistungen für Zugewanderte problematisiert wurden. In der deutschen Politik ist dies allerdings des Weiteren umstritten. In der europäischen Sozialpolitik, die unmittelbar auf die Kommunen durchschlägt, sind im Übrigen Fortschritte nur im Trippelschritt zu verzeichnen.

1 Aufgrund der sehr unterschiedlichen Einbettung und Rolle der Kommunen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union liegt der Fokus in diesem Beitrag auf der deutschen kommunalen Ebene.

2 Karen Kühne/Jutta Troost: Die Gleichstellungspolitik der Europäischen Union und der Kommunen: Gemeinsam für mehr Geschlechtergerechtigkeit, in: EUROPA kommunal 1/2016, S. 3-4.

3 Julia Gundlach/Katharina Schuler/Steffen Dobbert: Darf sie das?, in: Zeit Online, 28.4.2016.

(3) Die Flüchtlingspolitik hat für die größten Debatten und Konflikte im vergangenen Jahr gesorgt. Sie ist eine klassische Querschnittspolitik, die von der Kommune über die Regionen (Länder) und Mitgliedstaaten bis auf die EU-Ebene und darüber hinaus auf die Weltpolitik ausstrahlt. Nach Deutschland kamen 2015 offiziell 1,1 Mio. Flüchtlinge; das sind 442.000 Erstanträge auf Asyl und damit 155 Prozent mehr als im Vorjahr.⁴ Der Deutsche Städtetag weist auf die extreme Herausforderung hin, die die Flüchtlingsströme verursachen, und unterstützt den Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung, der Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und der modularisierten und kohärenten Sprachförderung mit berufsbezogenen Elementen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber.⁵ Diesen Forderungen der kommunalen Verbände wurde weder auf der Ebene der Europäischen Union, noch auf der der Mitgliedstaaten oder in Deutschland auf der Ebene der Länder durchgreifend und nachhaltig Rechnung getragen. Bis Mitte 2016 hat sich die Situation nur insofern entspannt, als durch die Blockierung der Balkanroute und das Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei die Zuwanderungsströme drastisch zurückgegangen sind und sich die Lage – möglicherweise nur vorübergehend – entspannt hat.

Eine Auszeichnung „Europaaktive Kommune in Nordrhein-Westfalen“ hat das Land Nordrhein-Westfalen aufgelegt. Es vergab am 8. Dezember 2015 zum dritten Mal die Auszeichnung an die Städte Oberhausen, Mülheim an der Ruhr, Stolberg und Xanten.⁶ 2016 geht die Auszeichnung, für die sich Kreisstädte und Gemeinden bewerben können, in die vierte Runde. Die Auszeichnung wurde in einem gemeinsamen Projekt des Ministeriums für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien mit der Bertelsmann-Stiftung und der regionalen Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn entwickelt.⁷ Es wäre wünschenswert, wenn mehr Bundesländer diesem Beispiel folgen würden.

Weiterführende Literatur

Ulrich von Alemann/Klaudia Köhn: Förderung kommunaler Europa-Arbeit, Gütersloh 2013.

Ulrich von Alemann/Eva G. Heidbreder/Hartwig Hummel/Domenica Dreyer/Anne Götde (Hrsg.): Ein soziales Europa ist möglich. Grundlagen und Handlungsoptionen, Wiesbaden 2015.

Sonja Witte: Einflussgrad der deutschen kommunalen Ebene auf die Politikgestaltung der EU, Frankfurt/M. 2013.

4 Kay Ruge: Die europäische Flüchtlingspolitik aus Sicht der deutschen Kommunen: Kritik am europäischen Krisenmanagement, in: *EUROPA kommunal* 2/2016, S. 3-7, hier S. 3

5 Deutscher Städtetag: Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt, abrufbar unter: <http://www.staedtetag.de/presse/beschluesse/077667/index.html>, 20.4.2016 (letzter Zugriff 16.8.2016).

6 Ministerium für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Die Landesregierung zeichnet vier Städte als Europaaktive Kommune in Nordrhein-Westfalen aus, 8.12.2015, abrufbar unter: http://www.europaaktivekommune.nrw.de/index.php?id=40&tx_ttnews%5Btt_news%5D=72&cHash=ffd3fb0235728f721241e476b4891d20 (letzter Zugriff: 16.8.2016).

7 Ulrich von Alemann/Klaudia Köhn: Förderung kommunaler Europa-Arbeit, Gütersloh 2013, S. 24-26.